EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Überraschend starkes Wachstum im vierten Quartal[7]

Wirtschaftsleistung wächst trotz verschärfter Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie

Die Wirtschaftsleistung in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) nahm laut erster Schnellschätzungen im vierten Quartal 2020 überraschend stark zu und stieg durchschnittlich um rund 1% (im Vergleich zum Vorquartal). Der Wachstumsabstand zum Euroraum war somit deutlich positiv (+1,4 Prozentpunkte). Allgemein war aufgrund steigender COVID-19-Neuinfektionen und verstärkter Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit einer schwächeren wirtschaftlichen Dynamik zum Jahresende gerechnet worden. Auf Länderebene sticht vor allem das hohe Wachstum in Rumänien hervor, wo das BIP um 5,3% zulegte (im Vergleich zum Vorquartal). Eine leicht negative Wachstumsrate wurde vorerst nur für Polen berichtet.

BIP-Wirtschaftswachstum in CESEE

Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2020q1	2020q2	2020q3	2020q4*
Bulgarien	0.4	−10.1	4.3	2.1
Estland	−0.8	−5.5	3.3	..
Kroatien	−1.3	−15.0	6.9	..
Lettland	−2.3	−7.1	7.1	1.1
Litauen	−0.0	−5.9	3.8	1.2
Polen	−0.3	−9.0	7.9	−0.7
Rumänien	0.2	−12.2	5.8	5.3
Slowakei	−5.1	−8.3	11.6	0.2
Slowenien	−4.7	−9.8	12.4	..
Tschechische Rep.	−3.3	−8.5	6.9	0.3
Ungarn	−0.4	−14.6	11.4	1.1
Gesamte Region	**−1.0**	**−10.1**	**7.6**	**..**

*) Schnellschätzung

Quelle: Eurostat.

Die robuste Konjunktur dürfte zum Teil auf den gezielteren Einsatz von Eindämmungsmaßnahmen zurückzuführen sein: Während bei der ersten COVID-Welle im Frühjahr noch weite Teile des Wirtschaftslebens zur Bekämpfung einer ungebremsten Ausbreitung des Virus stillgelegt wurden, wurden die Maßnahmen in den letzten Monaten deutlich zielgerichteter eingesetzt. Schließungen fanden vor allem im Handel und in Teilen des Dienstleistungssektors statt. Diese Sektoren sind im Vergleich zum Euroraum-Durchschnitt in der CESEE-Region unterrepräsentiert und für einen geringeren Teil der Wirtschaftsleistung verantwortlich. Das für die international stark verflochtenen CESEE-Volkswirtschaften besonders wichtige verarbeitende Gewerbe konnte hingegen weitestgehend ungestört weiterproduzieren und -exportieren.

Diese Dichotomie zwischen Industrie auf der einen und Handel/Dienstleistungen auf der anderen Seite spiegelte sich zuletzt auch deutlich in der Entwicklung wichtiger Vorlauf- und Vertrauensindikatoren wider. So beschleunigte sich das Wachstum der Industrieproduktion seit dem Sommer. Im Dezember 2020 erreichte die Industrieproduktion bereits wieder ihr Niveau von Februar 2020, also vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie. Der wichtigste Treiber für diese Entwicklung war das Geschäft in Exportmärkten: Das Wachstum der Exportumsätze erreichte im Dezember im Durchschnitt knapp 9% (im Jahresvergleich), während die Umsätze in den Heimatmärkten weiter leicht schrumpften. Die Einzelhandelsumsätze waren demgegenüber im Dezember weiter merklich niedriger als vor Ausbruch der Krise und das Umsatzwachstum stagnierte in den letzten Monaten.

Einen ähnlichen Unterschied kann man bei der Entwicklung von Vertrauensindikatoren erkennen. Der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission stand im Jänner

[7] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

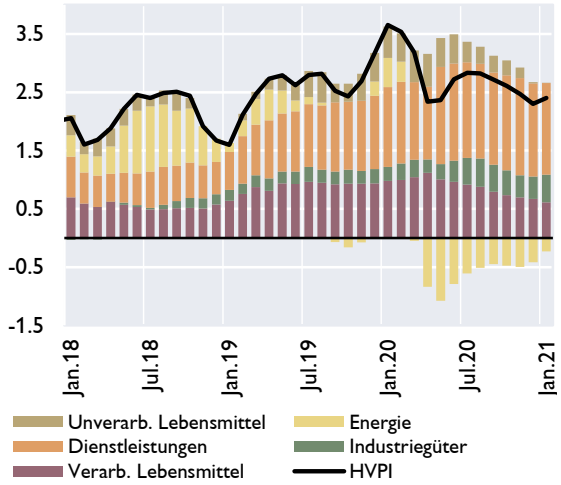
2021 bei durchschnittlich rund 86 Punkten und damit in etwa bei dem Wert von vor sechs Monaten. Während sich in diesem Zeitraum die Vertrauenswerte im Dienstleistungssektor um etwa 2 Punkte und im Einzelhandel und bei den Konsumenten um etwa 5 Punkte verschlechterten, stiegen sie in der Industrie und in der Bauwirtschaft um etwa 5 Punkte an. Die robusten Vertrauenswerte in der Industrie werden auch von den für Tschechien, Ungarn und Polen verfügbaren Einkaufsmanagerindizes bestätigt. In allen drei Ländern liegen diese seit mindestens September 2020 über der eine Expansion anzeigenden Marke von 50 Punkten. In der Tschechischen Republik wurden im Dezember 2020 und im Jänner 2021 sogar 57 Punkte berichtet, was den höchsten Wert seit April 2018 darstellt. Die Umfrage im Rahmen der Erhebung der Einkaufsmanagerindizes deutet sogar darauf hin, dass Unternehmen zunehmend mit Kapazitätsbeschränkungen kämpfen. So wird in Polen und Tschechien von einem Auftragsrückstau berichtet, welcher unter anderem auf steigende Lieferzeiten bei Zulieferern zurückzuführen ist. Diese Probleme in den Lieferketten haben zuletzt auch zu höheren Produzentenpreisen beigetragen. Daten der Europäischen Kommission zeigen, dass die Kapazitätsauslastung in den CESEE Ländern nach einem starken Einbruch im zweiten Quartal wieder deutlich angestiegen ist. Mit einem durchschnittlichen Wert von 76,3% lag sie im ersten Quartal 2021 wieder leicht über dem langjährigen Durchschnitt.

Leichter Rückgang der Teuerung bei anhaltend hoher Kerninflation

Der Preisdruck in den CESEE EU-Mitgliedstaaten hat in den letzten Monaten abgenommen. Im Jänner 2021 betrug die durchschnittliche Inflationsrate in der Region wieder 2,4% (nach 2,3% im Dezember 2020). Hauptverantwortlich dafür waren niedrigere Inflationsbeiträge von verarbeiteten und unverarbeiteten Lebensmitteln, während die Preise für Energie zuletzt etwas stärker stiegen. Ein gewisser Rückgang war auch bei der Kerninflation (HVPI bereinigt um die besonders volatilen Preise von Energie und unverarbeiteten Lebensmitteln) zu beobachten. Mit durchschnittlich 3,2% war sie aber ähnlich hoch wie zu Jahresbeginn und damit weitgehend unbeeinflusst von der allgemeinen Wachstumsschwäche.

Inflationsentwicklung in den CESEE EU-Mitgliedstaaten

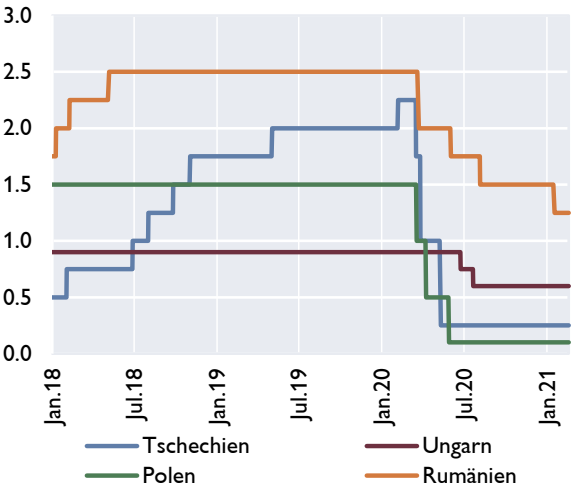
in Prozentpunkten, HVPI in % gegenüber Vorjahr



Quelle: Eurostat.

Leitzinssatzentwicklung in CESEE EU-Mitgliedstaaten

in %



Quelle: Macrobond.

Die rumänische Notenbank (BNR) senkte am 15. Jänner ihren Leitzinssatz um 25 Basispunkte auf 1,25%. Die Inflation ging zuvor etwas stärker als von der Notenbank erwartet zurück und kam im Dezember 2020 im unteren Drittel des angepeilten Inflationskorridors zu liegen. Im Jänner stieg der Verbraucherpreisindex unter anderem aufgrund von steigenden Energiegebühren

allerdings wieder merklich an. In ihrer Kommunikation verwies die BNR auf eine Verbesserung der Investorenstimmung gegenüber der rumänischen Volkswirtschaft und fallende Zinsen auf Staatsanleihen. Beides könnte mit der schnellen Regierungsbildung nach den Parlamentswahlen Anfang Dezember in Verbindung stehen.

Die polnische Notenbank hat seit Mai 2020 nicht mehr an der Zinsschraube gedreht. In den geldpolitischen Entscheidungen der letzten zwei Monate wurde allerdings die Möglichkeit von Fremdwährungsinterventionen erwähnt. Die polnischen Fremdwährungsreserven stiegen zwischen November und Dezember 2020 um 5,1 Mrd EUR und zwischen Dezember 2020 und Jänner 2021 um weitere 4,2 Mrd EUR an.